

Aufstieg der Grünen: Eine bürgerliche Partei für alle Klassen?

Karl Kloß, Neue Internationale 239, Juli/August 2019

Derzeit erleben die Grünen einen Höhenflug. Nach den neuesten Erhebungen vom 15. Juni 2019 kommen sie bei den Umfrageinstituten Emnid und Forsa auf jeweils 27 % und landen damit vor der Union. Es ist zwar nicht das erste Mal, dass die Grünen einen solchen Höhenflug hinlegen. Vor acht Jahren erzielten sie kurz nach dem GAU von Fukushima ähnliche Werte. Damals waren sie jedoch nur für eine kurze Zeit zweitstärkste Kraft hinter der Union.

Kurzer Abriss

Dass die Grünen nun so gehyped werden, hat vier Hauptursachen: a) die vermeintliche Erfolgsformel, b) die Realpolitik, c) die Krise im bürgerlichen Lager sowie d) die der SPD.

Nach der Gründung 1980 wurden die damals kleinbürgerlichen Grünen als schwarze Schafe des Parlamentarismus und sogar „systemgefährdend“ wahrgenommen. Über Jahre wurde ihren Abgeordneten – anders als

der Linkspartei

– die Teilnahme an „sicherheitsrelevanten“ Ausschüssen (z. B. Verteidigung) verweigert.

Der Radikalismus dieser Zeit speist sich aus Massenmobilisierungen gegen Aufrüstung, Krieg, Umweltzerstörung bis hin zur Teilnahme an und Unterstützung einer aktivistischen, wenn auch politisch kleinbürgerlichen Bewegung. Zugleich ging die Entstehung und Gründung der Partei mit einer Absage an proletarische Klassenpolitik einher. In ihr waren von Beginn an linke öko-sozialistische, reformerische und Kräfte einer „Neuen Mitte“ vertreten wie auch rechte ÖkologistInnen. Die Grünen prisen sich als neue Kraft an, die weder „links“ noch „rechts“, sondern einfach nur vorn wäre.

Auf die Einzüge in Parlamente folgte bereits Mitte der 1980er Jahre der Eintritt in die Landesregierung in Hessen, immer vorneweg der Realo Joschka Fischer.

Nach der Fusion mit der ostdeutschen Bürgerrechtsbewegung „Bündnis 90“ und einigen Richtungskämpfen bildeten sie im Jahr 1998 mit SPD-„Automann“ Schröder erstmals eine Regierung auf Bundesebene. Die einstige „Friedenspartei“ stimmte dem ersten deutschen Kriegseinsatz nach Ende des Zweiten Weltkrieges und den Bombardements auf Belgrad 1999 im Rahmen einer

NATO-Kriegsintervention zu.

Sie trug den größten Angriff auf die ArbeiterInnenklasse nach dem Ende der DDR mit, nämlich die Agenda-2010-Reformen und die Einführung der Hartz-Gesetze. Spätestens zu diesem Zeitpunkt wurde für die deutsche Bourgeoisie ersichtlich, dass die Grünen durchaus dazu geeignet sind, die eigenen Interessen im Inneren wie nach außen durchzusetzen. Sie hatten ihre Bewährungsprobe als verlässliche bürgerliche Partei, als ökologisch aufgepeeppte Liberale und verlässliche JuniorpartnerInnen der SPD, bestanden, wenn auch vorerst unter Verlust von WählerInnen und AnhängerInnen. Nach knapp zwei Legislaturperioden Schröder/Fischer waren auch sie dem Verwelken und nicht dem Aufblühen nahe.

Erfolgsformel „Green New Deal“

Dass sie sich trotz dieser Enttäuschung und ursprünglich von ihren AnhängerInnen und Mitgliedern als „Tabubruch“ wahrgenommenen Regierungskoalitionen mit der CDU auf Länderebene (Baden-Württemberg, Hessen) halten konnten, ist erklärungsbedürftig. Der Erfolg und aktuelle Aufstieg der Grünen speist sich auch daraus, dass sie sich selbst in ihren „schwachen Jahren“ auf wachsende Teile der lohnabhängigen Mittelschichten

stützen konnten,
deren soziale Lage jener des KleinbürgerInnentums vergleichbar
ist. Die
Schichten reichen von Teilen des BildungsbürgerInnentums bis
hin zu solchen der
ArbeiterInnenaristokratie. Ähnlich wie die AnhängerInnen der
AfD betrachten sie
den zunehmenden Verlust „gesellschaftlichen Zusammenhalts“,
das Ergebnis von
verschärfter Konkurrenz und Neo-Liberalismus, mit Sorge.
Anders als die
RechtspopulistInnen wollen sie die Gesellschaft jedoch mittels
eines neuen
„Gesellschaftsvertrags“, eines „Green New Deal“ kitten. Die
Reichen müssen nur
etwas weniger gierig werden, ihre Profitinteressen
längerfristig und staatlich
„gezügelt“ verfolgen – und schon könnten die Armen besser
„eingebunden“ werden.
Die Mittelschichten könnten in einer solch gerechteren
bürgerlichen Welt ohne
die „übertriebenen“ kapitalistischen Exzesse des Großkapitals
ruhiger leben.
Gleichzeitig, so das Heilsversprechen der Grünen, ließe sich
so auch der
ökologische Umbau sozialverträglich, nachhaltig und profitabel
gestalten. Diese
vermeintliche Erfolgsformel der Grünen besteht darin,
vordergründig Opposition
und das „ökologische Gewissen“ zu spielen, das darauf
verweist, dass wir diesen
einen Planeten haben, auf dem wir leben können, und an die
Vernunft aller zu
appellieren, doch bitte damit aufzuhören, die Umwelt zu
zerstören und sich
gegenseitig zu bekriegen.

Grüne Realpolitik

Die grüne Realpolitik in insgesamt acht Landesregierungen erweist sich als wenig ruhmreich. Im ehemaligen CDU-Stammland Baden-Württemberg stellen die Grünen seit mittlerweile acht Jahren (!) den Ministerpräsidenten, Winfried Kretschmann. Dieser schaffte es durch mehr als fragwürdige Wendungen, über die Landesgrenzen hinaus, bundesweit Bekanntheit zu erlangen, sei es in Bezug auf die unendliche Dauerbaustelle Stuttgart 21 oder dadurch, dass er die reaktionäre Flüchtlingspolitik der Bundesregierung gegen seine eigenen ParteifreundInnen im Bundesrat durchboxte oder die deutsche bzw. schwäbische Autoindustrie hofiert und deren Betrugereien verharmloste. Wahrscheinlich kann man den baden-württembergischen Landesverband der Grünen als den rechtesten bezeichnen. Schließlich hat man neben Kretschmann auch den Rechtsaußenpolitiker und Oberbürgermeister von Tübingen, Boris Palmer, in den eigenen Reihen. Durch seine Social-Media-Präsenz und sein Law-and-Order-Gehabe schafft er es locker, Kretschmann rechts zu überholen. Ein Schelm, wer dabei an Horst Seehofer denkt. Auch in anderen Bundesländern waren sich die Grünen für so manche Sauerei nicht zu schade. So stimmten sie 2016 in Nordrhein-Westfalen der Rodung der restlichen 200 Hektar des Hambacher Forstes zu und ebneten

damit RWE den Weg,
weiter mit Braunkohle Gewinne einzufahren.

Krise im bürgerlichen Lager

Wer nun also denkt, die Grünen seien eine ernstzunehmende „linke“ Alternative zu Union oder SPD, der/die sollte spätestens nach der Darstellung der grünen Realpolitik eines Besseren belehrt sein. Dass die Grünen momentan nicht nur als Regierungsoption, sondern auch mögliche KanzlerInnenpartei erscheinen, ist auch der gegenwärtigen Situation im bürgerlichen Lager geschuldet. War mit Entstehung der CDU/CSU die Rollenverteilung unter den offen bürgerlichen Parteien klar geregelt, so ist das heute nicht mehr unbedingt der Fall. Zwar vertritt die Union nach wie vor die Interessen des deutschen Großkapitals, aber sie mag immer weniger gegensätzliche Interessen in der herrschenden Klasse zu einem Gesamtinteresse zu verknüpfen und dabei auch noch das KleinbürgerInnentum und die Mittelschichten einzubinden. Diese Gemengelage führte dazu, dass sich einige nicht unerhebliche Teile des KleinbürgerInnentums, aber auch der Bourgeoisie nach Alternativen umsehen. Diese beanspruchen für sich, kosmopolitisch, weltoffen, umweltbewusst und alternativ zu sein und wenden sich den Grünen zu. Diese präsentieren sich dabei nicht nur als LobbyistInnen der Mittelschichten, sondern offerieren mit

dem „Green New Deal“ ein langfristiges Modell, das den „ökologischen“ Umbau des deutschen Imperialismus und seine langfristige Konkurrenzfähigkeit sichern soll. Dieser stellt zugleich auch eine „Vision“ von deutscher Führung in der EU dar, die in vielem der Linie Merkels ähnelt. Eine deutlich gestärkte grüne Partei könnte nach den nächsten, womöglich vorgezogenen, Bundestageswahlen als Koalitionspartnerin von CDU/CSU die „grüne Schrittmacherin“ für einen neuerlichen Anlauf zur Überwindung der Krise der EU spielen.

Krise der SPD als weitere Ursache

Einer der wichtigsten Gründe, dass die Grünen im Moment so erfolgreich sind, hängt auch damit zusammen, dass sie vorgeben, eine klassenübergreifende „Volkspartei“ zu sein, und sich als „moderne“ Alternative zur SPD und auch zur Linkspartei anpreisen. Konnten wir schon herausarbeiten, dass die Grünen es teilweise geschafft haben, Mittelschichten für sich zu gewinnen und auch für das Kapital attraktiver zu werden, so haben sie auch Einbrüche bei der SPD erzielt. Das betrifft vor allem jüngere Lohnabhängige und Frauen.

Zwar schnitten die Grünen bei den Europawahlen 2019 lt. [DGB](#)

unter Gewerkschaftsmitgliedern unterdurchschnittlich ab, doch verdeckt dies, dass sie bei bestimmten Gruppen der Lohnabhängigen weit überdurchschnittlich punkteten. So erzielten sie 23,1 % der Stimmen aller gewerkschaftlich organisierten Frauen (und liegen damit vor allen anderen Parteien) und satte 23,9 % der jungen GewerkschafterInnen (also aller 18–29-Jährigen).

Dass aber ausgerechnet die Grünen vom Niedergang der SPD profitieren, liegt auch an der Unfähigkeit der Linkspartei, eine glaubwürdige Alternative anzubieten, an der Erosion von Klassenpolitik und dem Rechtsruck der Gewerkschaften. Die Grünen vermögen sich besser als Sozialdemokratie und Linkspartei als fortschrittliche Alternative zur AfD zu präsentieren. Zwar bieten sie für die dringendsten Probleme der Jugend ebenso wenig eine Lösung wie bei Klima- und Umweltschutz, weil dieser immer an die Grenzen der Profitinteressen stoßen wird. Im Gegensatz zu SPD und Linkspartei verfügen sie aber mit dem „Green New Deal“ über ein strategisches politisches Konzept, das die Interessen aller Klassen auszugleichen verspricht, zum Wohl von Demokratie, Umwelt und Wettbewerbsfähigkeit.

Perspektive

Zweifellos wird die Unterordnung der Grünen unter die Kapitalinteressen die Illusionen der Jugend, Mittelschichten

und von breiteren
Teilen der ArbeiterInnenklasse erschüttern, sobald die Partei
in einer
Bundesregierung Ernst machen muss. Schon jetzt zeigen z. B.
die Ergebnisse
der Kohlekommission, dass sie ihre Anliegen im Interesse der
KraftwerksbetreiberInnen und Energiemonopole verschachert. Dort
entpuppt sich
der „Green New Deal“ als lohnendes Geschäftsmodell – aus Sicht
der
Energiekonzerne!

Für KommunistInnen ist es unerlässlich, die falschen
Versprechen und die dahinter liegende bürgerliche Politik der
Grünen
offenzulegen. Um Jugendliche von Fridays for Future, um
Millionen, die
Illusionen in grüne Politik hegen, zu gewinnen, reicht es aber
nicht, nur auf
deren Selbstentlarvung und Kritik zu setzen.

Wir müssen auch organisiert und auf Grundlage klarer
Forderungen versuchen, die Dominanz der Grünen über
Massenbewegungen wie
Fridays for Future zu brechen. Dem faulen „Green New Deal“
müssen wir eine
antikapitalistische Politik entgegensetzen. Uns geht es darum,
dass die ArbeiterInnenklasse
gemeinsam mit den NutzerInnen die Kontrolle über die
Energiekonzerne
demokratisch übernimmt, deren Geschäftsbücher offengelegt und
die letztendlich
entschädigungslos enteignet werden müssen. Außerdem müssen
sich die
ArbeiterInnen sowie die NutzerInnen mit ForscherInnen zusammen

an einen Tisch
setzen, um nach CO₂-freien,
nichtfossilen Energieträgern zu forschen. Darüber hinaus
fordern wir auch den
massiven Ausbau und die energische Förderung erneuerbarer
Energien, welche aus
den Profiten und den bisher geleisteten Entschädigungssummen
für die
Energiekonzerne finanziert werden sollen. Vor allem aber
braucht es den Kampf
um ein anderes Wirtschaftssystem, eine demokratische
Planwirtschaft, die es
ermöglicht, die Ökonomie im Interesse der Arbeitenden und
ökologischer
Nachhaltigkeit umzugestalten.

Nachsatz: DIE PARTEI macht bei den Grünen mit

Bei der letzten Europawahl konnte diese Satiretruppe von
Martin Sonneborn 2,4 % aller Stimmen für sich gewinnen und
damit die Zahl
ihrer Abgeordneten im EU-Parlament verdoppeln. Als
Doppelspitze zogen somit
Martin Sonneborn und Nico Semsrott, den manche aus der ZDF-
Satiresendung
„Heute-Show“ kennen, ins EU-Parlament ein.

Schon nach kürzester Zeit schloss sich Semsrott der Fraktion
der Grünen (Greens/EFA) an, um eine Fraktion der
RechtspopulistInnen zu
verhindern (Fraktionsgröße im EU-Parlament hat man erst ab 75
Sitzen).

Satirisch wie eh und je verkaufte DIE PARTEI diesen taktischen Schachzug damit, dass Semsrott sich die Fraktion der Grünen „einverleibt“ hätte.

Sonneborn twitterte daraufhin, er würde weiterhin beim „Abschaum des Parlaments“, den fraktionslosen Abgeordneten, bleiben – sich allerdings am Ende der Fraktionsbildungsfrist der meistbietenden anschließen. Nun mag man das Ganze witzig finden. Dass sie sich trotz manch witziger Enthüllung über den Politbetrieb in Brüssel den Grünen anschließt, zeigt, dass einem/r trotz reichlich Satire das Lachen im Hals steckenbleibt.

CDU-Parteitag: Merkel vorerst gerettet – politische Neuausrichtung weiter umkämpft

Helga Müller, Infomail 1034, 12. Dezember 2018

Der CDU-Parteitag wurde in den Medien als ein historischer Tag hochstilisiert, der über die zukünftige Ausrichtung der Partei entscheiden wird, und gar als Beginn einer neuen Ära gelten könne. Tatsächlich hätte der nicht ganz freiwillige Rückzug

der Noch-Kanzlerin Angela Merkel als Parteichefin – eine Reaktion auf den zunehmenden Vertrauensverlust in der Union, in ihre Regierungspolitik und ihre Fähigkeit, die WählerInnen weiterhin an die wichtigste Partei des Großkapitals binden zu können –, eine Richtungsentscheidung bringen können. Aber mit der Wahl der von ihr aus dem Saarland geholten Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer (kurz: AKK) als neue Parteichefin ist von einem Neuaufbruch nicht viel übrig geblieben, gilt sie doch als eine der wichtigsten Verbündeten der Kanzlerin. Diese hat es mal wieder durch diesen geschickten Schachzug geschafft, ihre Kanzlerinnenschaft – zumindest einstweilen – zu sichern.

Doch mit dem knappen Sieg vor ihrem Hauptwidersacher, Friedrich Merz vom rechten Flügel der Partei – AKK hatte mit nur 35 Stimmen mehr im zweiten Wahlgang die Wahl für sich entscheiden können –, sind die Probleme, die sich in der CDU seit Jahren aufstauen, nicht gelöst. Merz als Aufsichtsratsvorsitzender des deutschen Ablegers einer der größten Fondsgesellschaften der Welt, BlackRock Inc. – selbst in dreckige Steuerhinterziehungsaffären verstrickt –, vertritt sowohl die offen unternehmerfreundlichen als auch die Law-and-Order-Kräfte der CDU. Diese hatten sich auf dem Parteitag erhofft, mit dessen Wahl zum neuen Parteivorsitzenden endlich in die Offensive zu kommen und die CDU-Regierungspolitik in diese Richtung vorantreiben zu können. Dass dieser Flügel nicht zu unterschätzen ist, zeigt auch das Ergebnis des dritternaussichtsreichsten Kandidaten – von Gesundheitsminister Spahn, der ihm ebenfalls angehört – und im ersten Wahlgang immerhin auch noch 19 % der Delegiertenstimmen erhielt. Was sich darin ausdrückt, ist aber nicht nur ein Ringen zweier politischer Richtungen, in der sich das „Weiter so!“ zunächst durchgesetzt hat, sondern auch die Unentschiedenheit der deutschen Bourgeoisie, eher einen direkten und noch stärkeren Angriff auf die Errungenschaften der ArbeiterInnen, Arbeitslosen, RentnerInnen, Frauen und Jugendlichen zu fahren

oder doch lieber weiterhin darauf zu setzen, SPD und Gewerkschaftsführung dafür einzusetzen.

Auch wenn sich mit der knappen Wahl von AKK der scheinbar gemäßigtere Flügel in der CDU auf dem Parteitag durchgesetzt hat, ist noch lange nicht entschieden, ob dieser auch auf Dauer bestehen und sich Angela Merkel bis zum Ende der Legislaturperiode halten kann. Auch wenn AKK – nicht minder geschickt als ihre Vorgängerin – durch die Wahl des neuen Generalsekretärs Paul Ziemiak von der Jungen Union, eines Repräsentanten der jungen Generation und des rechten Flügels der CDU, durchgesetzt hat, ist der Kampf um die „Neu“ausrichtung mit dem Parteitag entbrannt und lässt sich auf Dauer – auch mit geschickten Manövern – nicht mehr verhindern. So war auch der flehende (durchaus auch peinliche) Appell des Vorsitzenden der CDU-Mittelstandsvereinigung Carsten Linnemann an Merz nach seiner Abstimmungsniederlage, weiterhin aktiv in der Partei zu bleiben, nicht zu überhören. Auch wenn die Unterschiede zwischen dem gemäßigteren und dem offen unternehmerfreundlichen Flügel der CDU nicht so groß sind, wie es die Presse vermeintlich ausmacht – man denke auch an die Aussagen von AKK zur Flüchtlingspolitik, zur gemischten Ehe oder Abtreibung –, so ist doch Friedrich Merz in der CDU als direkter Vertreter der aggressivsten Interessen des deutschen Kapitals und als jemand, der auch in der Lage ist, diesen Kurs in der CDU ohne „falsche“ Rücksichtnahmen durchzusetzen, bekannt und gesetzt. Nebenbei bemerkt, steht Merz auch dafür, die CDU weiter nach rechts zu verorten, um der AfD Stimmen abzuwerben. Nicht zuletzt für seine reaktionären Äußerungen zur Asyl- und Flüchtlingspolitik steht er bei den ostdeutschen Landesverbänden hoch im Kurs. Auch dies wird eine nicht zu unterschätzende Bedeutung für die zukünftige Debatte erhalten. Das knappe Wahlergebnis für AKK und das schlechte Abschneiden Paul Ziemiaks bei der Wahl zum neuen Generalsekretär mit gerade mal 62,8 % sprechen eine deutliche Sprache. Auch wenn letztere nicht nur eine Antwort

auf das leicht zu durchschauende Manöver von AKK darstellt, sondern ebenso eine Kritik– vor allem des rechten Flügels – an seiner Bereitschaft, sich so willig als Generalsekretär unter der Führung von AKK zur Verfügung zu stellen.

Welcher Flügel sich letztendlich durchsetzen wird, wird nicht allein in der CDU oder CSU entschieden, sondern auch dadurch, welchen Spielraum die deutsche Bourgeoisie und der deutsche Export-Weltmeister noch haben, sich eine privilegierte Schicht von Facharbeitern in strategisch wichtigen Unternehmen leisten zu können, und welche Zugeständnisse sie den besser gestellten Teilen der ArbeiterInnenschaft, den RentnerInnen, den Arbeitslosen, Frauen und Jugendlichen insgesamt noch machen kann und will. Der Kampf um die Neuausrichtung der Politik des deutschen Kapitals wurde mit dem Parteitag nicht beendet – er wird früher oder später wieder erneut und umso heftiger ausbrechen müssen.

Die offen bürgerlichen Parteien – Größeres Angebot

Jürgen Roth, Neue Internationale 222, September 2017

Die Krise der EU hat – trotz relativer Stabilität in Deutschland – in der letzten Legislaturperiode auch zu einem mehr oder minder offen ausgetragenen Richtungsstreit in der herrschenden Klasse geführt. Auch wenn heute Angela Merkel wieder als die einzig mögliche Kanzlerin erscheint, so war sie erstmals seit ihrem Amtsantritt politisch angeschlagen.

Die Konflikte in der Union, der „Wiederaufstieg“ der FDP, die AfD und auch die Grünen spiegeln dabei eben auch unterschiedliche Kapitalfraktionen und Konflikte um die zukünftige Strategie des deutschen Imperialismus wieder, die unvermeidlich auch in der kommenden Periode offen in Erscheinung treten müssen.

Die Union

Nach dem klaren Wahlerfolg 2013 hat die CDU/CSU zunächst Wahlniederlagen eingefahren. Ein Grund für diese wie auch für den Aufstieg der AfD war die kurzfristige, scheinbare Abkehr der CDU von ihrer traditionellen Asylpolitik während des Spätsommers 2015. Als Merkel drei Wochen lang „großzügig“ die Grenzen v. a. für syrische Geflüchtete öffnen ließ, entstanden Risse zwischen den „Schwesterparteien“, aber auch Unmut an der mittleren und unteren CDU-Basis. Während die Geflüchteten kamen, profilierte sich die CSU quasi als Rechtsopposition in der Großen Koalition.

Die CDU sonnte sich in dieser Zeit auf der breiten Unterstützung durch SPD, Grüne und „Zivilgesellschaft“ für ihre Politik der „offenen Grenzen“. Doch im Wahljahr 2017 präsentiert die Union sich wieder geeint. Das reichte, um der SPD zwei Landesregierungen abzunehmen.

Die Gründung der CDU war die Lehre, die das Großbürgertum aus der zersplitterten Parteienlandschaft der Weimarer Republik zog und der sie die Hauptschuld für den Aufstieg der NSDAP zuschob. Diese offen bürgerliche Partei neuen Typs vereinte zunächst das gesamte konservative und nationale Lager mit der christlichen ArbeiterInnenschaft der Zentrumspartei, später stieß der rechte nationalliberale Flügel aus der FDP dazu. Die sich sozialer, aber auch rechter gebärdende CSU konnte der Bayernpartei den Rang ablaufen, damit den eingefleischten regionalen Partikularismus überwinden. Die nachholende Industrialisierung dieses Bundeslands federte sie sozial geschickt ab. Das ist das Geheimnis hinter ihrer

unangefochtenen Vorherrschaft seit Ende der 1950er Jahre.

Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern steht die Union als politisches Flaggschiff des Monopolkapitals stabil da. In Frankreich und Italien sind die großen offen bürgerlichen Parteien untergegangen. Doch auch in Deutschland ist es schwierig geworden, eine Regierung aus zwei Parteien sogar mit dieser Union zu bilden. Ende der 1960er Jahre deutete dagegen alles auf ein Zweiparteienparlament hin, heute sind schon 5, demnächst 6 vertreten. Im Gefolge der nächsten Krise, der zunehmenden Konzentrationsprozesse, die den Untergang schwächerer Kapitale nach sich ziehen werden, wird aber auch die Union unter Druck geraten und ihre Existenz auf den Prüfstand gestellt werden. Ihr Zerfall würde eine Krise ersten Ranges für die Monopolbourgeoisie bedeuten.

Auch das erklärt, warum die verschiedenen Flügel der CDU/CSU ihre Konflikte begrenzen. Der deutsche Imperialismus setzt zur Zeit auf eine klar dominierende bürgerliche Partei, um die herum jedoch zunehmen mehr „Optionen“ gruppiert werden können, die sowohl die SPD als bürgerliche ArbeiterInnenpartei wie kleinere offen bürgerliche Parteien einschließen. Kurzfristig jedenfalls ist daher die Aufsplitterung der Parteienlandschaft für die herrschende Klasse kein allzu großes Problem, ja eröffnet auch Optionen. Entscheidend wird dabei freilich, ob und wie sehr die nächste, wahrscheinlich von der CDU-geführte Regierung in der Lage sein wird, die Gesamtinteressen des deutschen Kapitals international substantiell voranzubringen.

Die AfD

2015 rückte die AfD deutlich nach rechts, der islamophobe, rassistische und nationalistische Flügel trat geeint gegen den „nur“ neoliberalen Lucke-Flügel an und übernahm danach die Partei. In der Phase der Krise von CDU/CSU konnte die AfD enorme Wahlerfolge erreichen und sich trotz schwerer innerer Führungskämpfe im Parteienspektrum etablieren. Ähnlich der FPÖ mobilisiert sie die kleinen und mittleren Selbstständigen und

FreiberuflerInnen, aber auch diejenigen Teile der ArbeiterInnenklasse, welche sozialen Abstieg erlebt haben oder sich vor diesem fürchten. Das betrifft diejenigen im Hartz-IV- und Niedriglohnbereich, aber auch die gutverdienenden Schichten.

Während Petry und Pretzell eher für gesichtslosen, rassistisch geprägten Rechtspopulismus stehen, wollen Poggenburg und Höcke die AfD als nationalistische Kraft etablieren, völkische Ideologie weiter verbreiten und nach rechts öffnen. Dahinter stehen letztlich unterschiedliche Auffassungen über die Funktion der AfD. Soll sie als zukünftige Koalitionspartnerin der CDU diese auf einen „echten“ konservativen Kurs bringen, muss sie eine gewisse bürgerliche „Respektabilität“ vorweisen. Die andere Option besteht darin, die AfD als rechts-radikale, nationalistische Massenpartei zu etablieren – eine Option, die bei einer Verschärfung sozialer Gegensätze und Klassenkämpfe auch für das Kapital interessant werden könnte.

Im Gegensatz zu ihrer Propaganda, die „den deutschen Arbeiter“ beschwört, ist rassistische und neoliberale Sozialpolitik das Programm, worauf sich die gesamte Partei einigen kann.

Die FDP

Die zeitweilige Schwäche der Union, aber auch der rechtsnationale Trend in der AfD haben der FDP geholfen, sich wieder als „Alternative“ für Kleinbürgertum, Mittelstand und Großkapital anzubieten – sei es durch Zweitstimmen von der Union oder, dass die AfD eben die neoliberalen, kleinbürgerlichen Schichten/Eliten nun weniger vertritt.

Die FDP ist aktuell wieder in 9 Landesparlamenten vertreten. Zunächst hatte sie ihr „linksliberales“ Profil bei Bürgerrechten und Datenschutz schärfen wollen. Damit gebärdet sich die FDP zusätzlich auch offen für Ampelkoalitionen bzw. solche mit der SPD und Schwarz-Grün („Jamaika“variante).

In Zeiten einer schleichenden Weimarisierung der Parteienlandschaft braucht das Großkapital die kleinen Parteien (FDP, Grüne) ohne einen ständisch organisierten Massenanhang wie die Union umso dringender. Sie können z. B. ein flexibles Scharnier zwischen offen bürgerlichem Lager und den reformistischen ArbeiterInnenparteien bilden wie unter den sozialliberalen bzw. rot/grünen Koalitionen, wo sie leichter und schneller Reformen im Bildungssektor und Arbeitsrecht durchsetzen konnten, als es die Unionsparteien vermochten. Die Kanzlerschaft Kohls wurde im Gegenzug durch das rasche Umschwenken der FDP ermöglicht.

Der wahrscheinliche Wiedereinzug der FDP in den Bundestag ist daher keineswegs nur als eine konjunkturelle Entwicklung zu verstehen. Diese Partei muss wenig bis keine Rücksicht auf schlechter verdienende Bevölkerungsgruppen nehmen – sie ist somit „freier“ als jede andere Partei, offen und ungeschminkt Kapitalinteressen und neo-liberale Politik zu vertreten: ein nützliches „Korrektiv“ für die herrschende Klasse gegenüber den „Volksparteien“.

Die Grünen

Nach den gescheiterten Sondierungen 2013 mit der Union haben die Grünen auf Landesebene ihre Verwendbarkeit für Koalitionen mit der Union erneut nachgewiesen, auch mit „rechten“ CDU-Landesverbänden (Baden-Württemberg, Hessen). Sicherlich ist eine von den Grünen geführte Koalition wie in Baden-Württemberg eine Ausnahmeerscheinung, aber auch Beweis ihrer extremen Flexibilität. Kretschmann war im Bundesrat eine verlässliche Stütze der Regierungspolitik Merkels, zeitweise mehr als die CSU. Somit haben sich die Grünen in Stellung für eine unionsgeführte Bundesregierung gebracht.

Nicht viel übrig geblieben ist vom Image der Partei, die die meisten „radikalen“ Linken jahrzehntelang „links“ von der SPD verorteten. An der Bundesregierung (1998-2005) wurden der Jugoslawienkrieg in der Partei durchgesetzt und die Agenda

2010 mitgetragen. Seitdem gehen die Grünen immer klarer in die bürgerliche Mitte, sind in Fragen der Steuer- und Wirtschaftspolitik ein Pendant zur FDP geworden, wenn auch mit Fokus auf andere (klein-)bürgerliche Schichten („alternative Energien“ z. B.). In Fragen der Austeritätspolitik haben die Grünen sich auf die Seite der EU gestellt, Abschiebungen afghanischer Geflüchteter sind zumindest in Baden-Württemberg an der Tagesordnung.

In gewisser Weise konkurrieren die Grünen mit der FDP um die Position als Mehrheitsbeschafferin. Rechtsausleger wie der Tübinger Bürgermeister Palmer vertreten offen AfD-Positionen zur Flüchtlingsfrage. Auch das Zerplatzen der Koalition in Niedersachsen zeigt, wie sehr diese Partei sich dem bürgerlichen konservativen Milieus angenähert hat.

Zu den entscheidenden Themen aktuell wie Rechtsruck, Zukunft der EU, sozialer Frage hat diese Partei keine Alternative zum Programm der CDU/CSU oder SPD anzubieten. Die letzten 35 Jahre zeigten, wie schnell eine „radikale“ Partei der kritischen Intelligenz in den offen bürgerlichen Mainstream integriert werden konnte.